

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 102 (2022)

Heft: 1095

Rubrik: Zukunft des Geldes

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zukunft des Geldes

Zentralbanker wollen weg vom Bargeld

Hierzulande gibt es noch Tausendernoten. Anders sieht die Lage im unmittelbaren Ausland aus: In Europa sind noch beträchtliche Mengen an 500-Euro-Scheinen im Umlauf, seit 2019 aber werden keine neuen mehr herausgegeben. Die 200er-Note ist bald einmal die grösste kursierende Geldeinheit. Offizielle Begründung der Europäischen Zentralbank dafür: die Bekämpfung von Kriminalität und Geldwäsche. Das mag ein Argument sein – aber ist es wirklich noch so wie in den alten Gangsterfilmen, in denen laufend Koffer voll Bargeld die Hand wechseln, wenn es um schmutzige Geschäfte geht?

Ich habe den Eindruck, dass das offensichtliche Motiv zur Bargeldabschaffung ein anderes ist. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich die Geldpolitik seit der Lehman-Krise verpeilt finde: Die Währungshüter haben nicht die Welt gerettet, sondern einen maroden und teils sogar kriminellen Finanzsektor, der sie seitdem vor sich hertreibt. Die Notenbanken haben sich so in ein Dilemma begeben, aus dem sie nun nicht mehr rauskommen. Negativzinsen auf Einlagen; kann es noch etwas Paradoxeres geben? Wo bleibt da der Anreiz zu sparen, wie wird Konsumverzicht noch belohnt? Am liebsten wäre der Geldpolitik, es gäbe gar kein Bargeld mehr.

Meine Grosseltern sowieso, aber selbst meine Eltern hatten stets ein paar geheime Verstecke, in denen sie Geld horteten. Ich selbst bin heute noch mit einem zünftigen Bündel Geldscheine unterwegs, wenn ich im Ausland weile. Doch Bargeld ist den Notenbanken mehr und mehr ein Dorn im Auge: Sie können es nämlich nicht so gut steuern wie beispielsweise Sichteinlagen. Wenn Zentralbanken heute eine expansive Geldpolitik betreiben, bezwecken sie eine Ankurbelung der Wirtschaft um jeden Preis: Wir sollen möglichst alles ausgeben, bevor uns Strafzinsen einen Kaufkraftverlust bescheren. Bargeld hingegen lässt sich fast gratis horten.

Die Zukunft wird zeigen, ob die Notenbanken mit ihrem Angriff auf das Bargeld erfolgreich sein werden. Ich glaube, dass wir den Wert von Noten- und Münzgeld noch zu schätzen lernen und uns für den Erhalt des Bargelds einsetzen werden. Denn Vertrauen in die eigene Währung ist gut – Kontrolle jedoch besser.



Martin Neff

ist Chefökonom von Raiffeisen Schweiz.

Wünschenswerter Währungswettbewerb

2007 hat Vodafone in Kenia das SIM-Karten-basierte Zahlungssystem «M-Pesa» lanciert, über das Zahlungen auch ohne Bankkonto schnell abgewickelt werden können. 5 Jahre später nutzten bereits 70 Prozent der Bevölkerung Kenias das neue Zahlungssystem. Hunderttausende Familien konnten so der Armut entkommen.

Die digitale Revolution im Geldwesen hat vor etwa 25 Jahren bei der wichtigsten Funktion des Geldes, dem Einsatz als Zahlungsmittel, begonnen. Diese Revolution wird nicht nur die Zahlungssysteme von Entwicklungsländern auf den Kopf stellen, sondern zu globalen Veränderungen führen.

Bei vor wenigen Jahren war man für internationale Zahlungen mit Fiatwährungen zwangsläufig auf Zentralbanken, Banken, internationale Zahlungssysteme und Regulatoren angewiesen. Eine solche Zahlung abzuwickeln, dauerte im Schnitt 24 Stunden und kostete einige Prozente des Transaktionswerts. Heute können internationale Zahlungen über private Systeme teils innert Sekunden und praktisch ohne Kosten getätigten werden.

Die Konkurrenz durch Private schreckt Staaten auf: Sie befürchten, langfristig die Kontrolle über das Kreditwesen, die Geldpolitik und über digitale Zahlungsdaten zu verlieren. Der Druck ist entsprechend hoch, das Fiatzahlungswesen günstiger und schneller zu machen. Immer wieder werden auch repressive Massnahmen gegen private Währungen ergriffen. Dabei ist der Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Währungen – auch ohne Repression – ein unfairer Kampf: Als gesetzliches Zahlungsmittel und Währung für Steuerzahlungen haben Fiatwährungen einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Um von privaten Währungen nicht verdrängt zu werden, müssen staatliche Währungen somit nicht mindestens so gut sein wie private, sondern lediglich nicht allzu schlecht. Die Geschichte der Hyperinflationen lehrt uns, dass bereits das von grossem Wert ist.

Als freiheitliche Gesellschaft sollten wir uns dafür einsetzen, dass sich die positive Wirkung des Wettbewerbs im Geldwesen entfalten kann. Obwohl der Wettbewerb im globalen Geldwesen auch künftig ein unfairer sein wird, wird er disziplinierend wirken und innovative Lösungen hervorbringen.



Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe.